

## **Geschichte und Erinnerungskultur** **Anmerkungen zu einer gegenwärtigen Debatte**

Der kommende 80. Jahrestag der Machtübergabe an Hitler scheint hintergründig eine gegenwärtig forcierte Debatte um den erinnerungspolitischen Umgang mit dem Nationalsozialismus anzutreiben. Tagungen zum Thema „Gedenk- und Erinnerungskultur“ reihen sich gehäuft aneinander, eine Publikation folgt der nächsten, in der sich einem neuen Unbehagen an unserem Umgang mit dem Nationalsozialismus gewidmet wird. Eine Überformung von Geschichtsbearbeitung durch populärkulturelle Medien und Darstellungselemente steht ebenso unter kritischer Beobachtung wie manch eindimensional gestrickte Deutungsmuster des Nationalsozialismus durch Teile der Geschichtswissenschaft. Gedenkstättengestaltung und Formen öffentlichkeitswirksamer Gedenk- und Erinnerungspolitik rücken zunehmend in den Blickpunkt, seit sich Politikinstanzen auf gedenkkulturellem Feld mit Eifer Aufgaben widmen, die Jahrzehnte unter der Obhut von Geschichtswissenschaft, Bildungseinrichtungen und bürgerschaftlichen Geschichtsinitiativen bearbeitet wurden.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen NS-Vergangenheit bearbeitet wird, haben sich verändert – ihre Akteure auch. Aus Aktivisten gegen den Geist des Schweigens wurden Angestellte im Dienst staatlicher Geschichtspolitik. Junge Leute nehmen Erzählungen aus dem Geschichtsdeutungskampf vergangener Jahrzehnte mit Staunen zur Kenntnis. Im langen Ringen um die Bearbeitung der NS-Zeit wurde eine Offenheit erreicht, die Anerkennung verdient, Anerkennung, die auch vom Ausland gewürdigt wird. Wo noch Obstruktion geprobt wird, stößt dies auf ziemlich einheitlichen gesellschaftlichen Widerspruch. Und doch gibt es keinen Grund zur Selbstgenügsamkeit. Während etwa Gedenkstätten blühen, während offizielle, von Politik gestützte Gedenkakte zur Selbstverständlichkeit geworden sind, sieht sich die Erforschung der *ganzen* Geschichte des Nationalsozialismus durchaus immer noch mit Widerständen konfrontiert.

Im Nachklang der Auseinandersetzungen um die Ergebnisse der Historikerkommission zur Erforschung des auswärtigen Amtes haben die Autoren jüngst ihre „Alltagserfahrungen ... (mit) vernichteten Akten, verschwundenen Dokumenten, nicht zugänglichen Unterlagen“ mit dem Politischen Archiv des Amtes öffentlich gemacht.<sup>1</sup> Solche Erfahrungen einer international hochkarätigen Forschungsgruppe gehören, bei aller Unterstützung durch ArchivmitarbeiterInnen, noch oft zum Alltag von Forschung. Gewiss hat sich dieses und jenes Firmen- oder Institutionsarchiv geöffnet, doch trotz erheblicher Fortschritte gilt: Wenn es ans Eingemachte von Institutionen oder kommunalen Einheiten geht, findet der Wille zur politischen und finanziellen Unterstützung von Forschung seine Grenzen. Arbeit an Geschichte ist weiterhin auch ein hoch politisches Geschäft.

Hintergrund der gegenwärtigen Debatte bildet das Problem, wie eine Historisierung des Nationalsozialismus gelingen kann. In solcher einer Situation wird man sich wieder der Frage bewusst: Was soll Geschichte eigentlich? Wie passen Andenken und Gedenkkultur im moralischen Appell des „Nie wieder“ zusammen mit dem Begreifen von Geschichte? Wie kann Geschichte das Verstehen von Gegenwart und die Gestaltung einer Zukunft, die wir wollen, fördern? Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt von Fragen, die im Augenblick anstehen und die hier angesprochen werden sollen.

### **Geschichtsbearbeitung seit 1945**

Zuvor ist ein skizzenhafter Blick zurück in die wechsel- und widerspruchsvollen Phasen der Bearbeitung von NS-Geschichte in Deutschland nützlich, um den Hintergrund der gegenwärtigen Probleme besser verstehen zu können. Diese Periode ist heute selbst Gegenstand von in Teilen gut erforschter Zeitgeschichte und so muss bei aller hier gebotenen paraphrasierenden Kürze betont werden: Es gab nie nur ein Verdrängen und Beschweigen, sondern immer das Bemühen um das Begreifen, was seit den dreißiger Jahren geschehen war.

Mancher nahm nach dem Krieg sozusagen auf, was sich etwa Sebastian Haffner 1939 gefragt hatte: Wie konnte es sein, dass eine Mehrheit im Frühjahr 1933 plötzlich „verschwunden“ war, eine Mehrheit, die doch wusste, was mit Hitler bevor stand? „Was ist mit Ihnen? Gehören sie wirklich zu diesem Irrenhaus? Merken sie nicht, was mit ihnen geschieht – und was in ihrem Namen geschieht? Billigen sie es etwa gar?

Was sind das für Leute? Was sollen wir von ihnen halten? Tatsächlich stecken hinter diesen Unerklärlichkeiten sonderbare seelische Vorgänge und Erfahrungen – höchst seltsame, höchst enthüllende Vorgänge, deren historische Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.“<sup>2</sup> Ähnliche Fragen leiteten Heinrich Jaspers Vorlesung „Die Schuldfrage“ vom Wintersemester 1945/46 oder auch das „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ der EKD vom Oktober 1945. Sie stehen stellvertretend für den Willen etlicher zu verstehen.

1945 hatte vielleicht mancher noch eine der letzten öffentlichen Äußerungen Carl von Ossietzkys und seine eigene Erinnerung vor Augen. Die wenigsten konnten sich doch zu Beginn des Jahres 1933 vorstellen, welche Zukunft vor ihnen und der Welt lag. Ossietzky prognostizierte nach einer treffenden Analyse seiner jüngsten Vergangenheit in einem Artikel vom 3. Januar 1933 mit dem Titel *Wintermärchen*: „Die Nationalsozialistische Partei hat für fünfzehn Millionen Deutsche genau das erfüllt, was sie sich unter einer politischen Partei vorgestellt haben. Niemals ist das deutsche Bürgertum in einem Säkulum so ehrlich gegen sich gewesen wie in diesen paar Jahren nationalsozialistischen Wachstums. Da gab es nicht mehr intellektuellen Aufputz, nicht mehr geistige Ansprüche, nicht mehr akademische Fassade reicherer Jahrzehnte. Der ökonomische Zusammenbruch hat die innere Rohheit, die plumpe Geistfeindlichkeit, die harte Machtgier bürgerlicher Schichten – Eigenschaften, die sich sonst halb anonym hielten oder in private Sphäre ableiteten – offen bloß gelegt. ... Der große völkische Führer mit dem Äußern und den Allüren eines Zigeunerprimas mag seine Saison haben und mit dieser abblühen. Was er an bösen und hässlichen Instinkten hervorgerufen hat, wird nicht so leicht verwehen und für lange Jahre noch das gesamte öffentliche Leben in Deutschland verpesten. Neue politische und soziale System werden kommen, aber die Folgen Hitlers werden aufstehen, und spätere Generationen noch werden zu jenem Gürtelkampf antreten müssen, zu dem die deutsche Republik zu feige war.“<sup>3</sup>

Ossietzky konnte bei aller Klarheit seiner Analyse den Schrecken und die Vernichtungsdynamik der Hitlerdiktatur nicht vorhersehen. Dass trotz der Zerschlagung des NS-Regimes der „Gürtelkampf“ noch lange Zeit die gesellschaftliche Situation im Nachkriegsdeutschland bestimmen würde, wurde den Überlebenden sehr schnell klar.

Den Zeitraum von 1945 bis etwa 1949 dominierte das Schockerlebnis des „Untergangs“, auch das Erschrecken über die Dimension der NS-Verbrechen. Während die Mehrheitsgesellschaft sich vor ihrer Vergangenheit wegduckte, konnten Opfer und Verfolgte in Selbstorganisation und mit teilweiser Unterstützung der Alliierten dieser Gesellschaft ihre Anerkennung abtrotzen. Einige Konzentrationslager wurden zu Stätten von Opferzusammenschlüssen, Gerichte mancherorts zu rechtsstaatlichen Tribunalen gegen die Täter. Nach der Phase der alliierten Entnazifizierung übernahmen überlebende Opfer der NS-Gewaltherrschaft für kurze Zeit diese Aufgaben. Zurückgekehrte NS-Vertriebene und Widerständler erhielten wichtige Aufgaben kommunaler und regionaler öffentlicher Verwaltungen. Doch relativ rasch wurden sie im Zuge einer Reintegration alter Funktionsträger abgelöst. Max Horkheimer charakterisierte 1948 den Umgang mit der NS-Zeit mit den Worten: „Das Schlimmste an der hier herrschenden Geistigkeit ist nicht etwa der Antisemitismus, der natürlich in Blüte steht, sondern der Mangel an Veränderung. Die früheren Denkweisen sind alle noch da – versteint, mumienhaft. Was die Menschen selbst betrifft, so sind sie – fast ohne Ausnahme – gleichsam unberührt von dem, was geschah.“<sup>4</sup> Norbert Frei wies jüngst bei einer Tagung in Hannover darauf hin, dass die Selbstorganisationen der Opfer und Verfolgten in dieser Zeit eine gewisse Diskurshoheit behielten und auch in der folgenden Phase der Verdrängung ein weiterhin subversives Potential bildeten.

Mit der Restauration zu Beginn der fünfziger Jahre organisierte die „postnationalsozialistische Volksgemeinschaft“ (N. Frei) in Ost und West eine Opferkonkurrenz und damit die Verdrängung von NS-Opfern aus der Öffentlichkeit. Während in der DDR unter dem anmaßenden Primat antifaschistischer Tradition Opfergruppen hinter die Widerstandskämpfer zurückgedrängt wurden, fielen viele im Zuge des antikommunistischen Aufbruchs im Westen dem Vergessen, bewusster Nichtanerkennung oder sogar – wenn sie Kommunisten waren – Verfolgung anheim. Der vorherrschende Begriff von Totalitarismus erlöste sozusagen vom NS-Verbrechen. Das Gedenken galt den Opfern von „Krieg- und Gewaltherrschaft“. Es fand statt auf Friedhöfen in Tradition des Weimarer Heldengedenkens. Die Lager wurden vergessen, der Staatsapparat integrierte die alten Eliten. Ein- und Widersprüche gab es etliche, doch sie waren marginalisiert. Die berühmte Einlassung

von Adorno *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?* von 1959 sei hier erwähnt, denn es macht Sinn, heute an seine Worte zu erinnern. Sie fordern Forschungsaufgaben ein, die in unserer Vergangenheitsarbeit noch längst nicht abgeschlossen sind:

„Überdies ist es eine Illusion, dass das nationalsozialistische Regime nichts bedeutet hätte als Angst und Leiden, obwohl es das auch für viele der eigenen Anhänger bedeutete. Ungezählten ist es unterm Faschismus gar nicht schlecht gegangen. Die Terrorspitze hat sich nur gegen wenige und relativ genau definierte Gruppen gerichtet. Nach den Krisenerfahrungen der Ära vor Hitler überwog das Gefühl des ‚Es wird gesorgt‘, und gar nicht nur als Ideologie von KdF-Reisen und Blumenkästen in Fabrikräumen. Gegenüber dem laissez faire beschützte die Hitlerwelt tatsächlich bis zu einem gewissen Grad die Ihren vor den Naturkatastrophen der Gesellschaft, denen die Menschen überlassen waren. Gewalttätig nahm sie die gegenwärtige Krisenbeherrschung vorweg, ein barbarisches Experiment staatlicher Lenkung der Industriegesellschaft. Die viel berufene Integration, die organisatorische Verdichtung des gesellschaftlichen Netzes, das alles einfiel, gewährte auch Schutz gegen die universale Angst, durch die Maschen durchzufallen und abzusinken. Ungezählten schien die Kälte des entfremdeten Zustands abgeschafft durch die wie immer auch manipulierte und angedrehte Wärme des Miteinander; die Volksgemeinschaft der Unfreien und Ungleichen war als Lüge zugleich auch Erfüllung eines alten, freilich von alters her bösen Bürgertraums. Wohl barg das System, das derlei Gratifikation bot, das Potential des eigenen Untergangs in sich. Die wirtschaftliche Blüte des Dritten Reiches beruhte in weitem Maß auf der Rüstung zu dem Krieg, der die Katastrophe brachte“<sup>5</sup> Solche Worte wollte man damals nicht hören. Die allgemeine Fixierung auf die Untaten der Verbrechereliten um Hitler schützte vor Reflexion über eigenes Handeln. Es dauerte lange, bis die „Volksgemeinschaft“ Thema von Geschichte wurde.

Mit Einbindung von Hitlers jungen Soldaten, der Jahrgänge 1924-1927, in die bundesdeutsche Gesellschaft lockerten sich die Bindungen zum Nationalsozialismus. Die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit hatte die Opfer der Verbrechen kaum im Blick und deshalb auch wenige Verbindungen zu den Opferverbänden. Auch die recht breite Wahrnehmung des Auschwitzprozesses öffnete

nicht den Blick auf die Dimension des Zivilisationsbruchs. In den Analysen der Exilanten standen die Herrschafts- und Terrorstrukturen des NS-Regimes im Vordergrund. Sie konnten die Dimension der Judenvernichtung noch gar nicht kennen. Ernst Fraenkel schrieb seinen „Doppelstaat“ heimlich noch vor seinem Exil. Das Buch wurde 1941 in den USA erstmals veröffentlicht. Franz Neumanns „Behemoth“ erschien 1942, 1944 erweitert in den USA. Diese Werke wurden erst in den siebziger Jahren ins Deutsche übersetzt, trotz ihrer grundlegenden Fruchtbarkeit für einen Erkenntnisgewinn unterschätzt und bald weitgehend vergessen. Das Antisemitismuskapitel in Hannah Arendts „Elemente und Ursprünge“ wurde ebenso wie der Teil zum Imperialismus geflissentlich übersehen.

Die Vernichtung der europäischen Juden war für die deutsche Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit, auch für die kritische Opposition inklusive der Studentenbewegung kein wichtiges Thema. Die Geschichtswissenschaft fuhr sich nach ihrem erbärmlichen Auftreten in der Fischerkontroverse der sechziger Jahre im – heute kaum mehr begreifbaren – Streit zwischen Intentionalisten und Funktionalisten fest. Gedenkorte fristeten ein Schattendasein, sie wurden von staatlichen Stellen missachtet, höchstens stiefmütterlich behandelt. Wichtige Einrichtungen der Zeitgeschichtsforschung hielten Distanz zu diesen Einrichtungen und den Opferverbänden. Insgesamt war bis weit in die siebziger Jahre die Geschichtsarbeit an der NS-Zeit kein staatliches Anliegen. Wer damals zur Schule ging, weiß davon zu berichten. Die Motivation einer aufmüpfigen Generation, sich mit NS-Geschichte zu beschäftigen, entsprang den Widersprüchen zur bundesdeutschen Gegenwart, deren autoritäre und repressive Wurzeln erkundet wurden. Man befasste sich mit dem Widerstand, vertiefte sich debattierend auch in Faschismusanalysen, weil unbegreiflich war, wie die Gesellschaft von Weimar sich in die Gemeinschaft des Nationalsozialismus wandeln konnte. Es darf heute daran erinnert werden, dass in den von der offiziellen Geschichtswissenschaft diskreditierten aber durch Teile der Politikwissenschaft geförderten „Faschismus- und Kapitalismusdebatte“ wichtige theoretische Erkenntnisse gewonnen wurden, die eine Grundlage für die dann bald einsetzende Arbeit der Geschichtswerkstätten sein sollte. Man theoretisierte aber nicht nur rum, sondern entdeckte hier und dort Orte des Verbrechens und –, dass es Opfer gab.

In einer vierten Phase rückte mit dem Film *Holocaust* im Frühjahr 1979 plötzlich das Schicksal der europäischen Juden, ihrer Mörder und Helfer in die Öffentlichkeit. Ein ganz neuer Begriff besetzte die Vergangenheit. Mit einigem Recht wird dies im Nachhinein als epochales Ereignis verstanden, weil sich der Umgang der bundesdeutschen Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit änderte. Denn jeder wusste nun Bescheid. Die Geschichtswerkstättenbewegung entwickelte sich Anfang der achtziger Jahre im lokalen und regionalen Rahmen. Sie arbeitete zunehmend mit Opferverbänden zusammen. Gedenkorte wurden neu belebt, wieder entdeckte NS-Verbrechensorte in solche umgewandelt. Die empirische Zeitgeschichtsforschung wandte sich den Handelnden in der NS-Zeit zu und beide Stränge schufen, auch wenn sie lange Zeit mit Spannungen behaftet waren, die Voraussetzungen für die folgenden systematischen Forschungen zur NS-Volksgemeinschaft. Gleichzeitig fehlte es aus akademischen und politischen Zirkeln nicht an Interventionen zur Entsorgung von Vergangenheit (Hermann Lübke 1983) geschichtspolitischen Umdeutungen („Historikerstreit“ 1986) bis hin zu Schlussstrichappellen.

Dies war auch eine Zeit, in der sich die öffentliche Debatte von der Zeitgeschichtsforschung emanzipierte, manchmal löste. Auf der Bugwelle des Feuilletons schwamm die Politik, und beide bemächtigten sich zunehmend einer Deutungshoheit über Geschichte. Gestützt auf politische Macht, finanzielle Mittel und die Veränderung öffentlicher und medialer Vermittlungsangebote entwickelte sich eine von der Wissenschaft driftende Geschichtskultur die unter dem Motto „Gedenken geht vor Geschichtswissen“ (N. Frei) zunehmend Wissen um Geschichte durch Wahrnehmung von Vergangenheit ersetzte. Den auf Effekte und Dramatisierung setzenden Leitmedien Fernsehen und Film passten sich manche Gedenkstättenstiftungen und Gedenkortträger im Ringen um ökonomische und kulturelle Aufmerksamkeit an.

### **Kern der Debatte**

Mit der Institutionalisierung von Gedenkstätten infolge des Bundesgedenkstättenkonzepts von 2000 sind diese ins Zentrum einer Geschichtspolitik gerückt, die den „authentischen Ort“ von Verbrechen und seine Gestaltung zum Kern von Erzählung über NS-Geschichte machen soll. Gedenkstätten zeichnen sich, so Habbo Knoch, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, durch den

„Erinnerungsprimat der Opferzentrierung“ aus. Etwa einhundert entsprechende Gedenkorte gibt es in der Bundesrepublik und ihre Zahl wird steigen. Entsprechend nimmt die Bedeutung und Ausstrahlung dieser öffentlich wahrgenommenen Geschichtsbearbeitung zu.

Wenn Gedenkstätten heute „als Ort(e) der Erinnerung an die Leiden der Opfer des Nationalsozialismus ... und als Ort des Lernens für künftige Generationen der Aufklärung über die NS-Herrschaft ... gestaltet“<sup>6</sup> werden, sollen sie Grundpfeiler einer Geschichtskultur bilden, die das Verdrängen und Beschweigen vergangener Jahrzehnte überwindet. Wenn Gedenkstätten sich zuvorderst der opferzentrierten Betrachtung von NS-Vergangenheit widmen, die unmittelbaren Täter hervorheben und versuchen, eine Beziehung zu den Strukturen und Mechanismen totalitärer Herrschaft herzustellen, dann erfüllen sie ihre originäre Aufgabe. Ob dies in der Praxis gelingt, ist ein hier nicht zu erörternde Frage. Es müssten Gedenkstätten gezielt geprüft werden. So hat denn auch etwa Harald Welzers vehemente Grundsatzkritik an *den* Gedenkstätten und seine Aufforderung zur Grundrenovierung<sup>7</sup> ohne Detailkritik wenig Sinn. Habbo Knoch, Lieblingsgegner auf Gegenseitigkeit, kontert gewöhnlich, Welzer solle sich mal in seine Gedenkstätte Bergen-Belsen kommen. Darstellungsarten und didaktische Konzepte der Vermittlung in sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnissen sind dabei strittige Themen aber nicht grundlegend.

*Zentral* ist ein anderes Problem: Akzeptiert man, dass der staatliche Auftrag an Gedenkstätten nur ein Teil dessen sein kann, was an Geschichtsarbeit und Geschichtspolitik insgesamt geleistet werden muss? Sollen sakrale Orte und Friedhöfe als Sarkophage normierter Gedächtnisse des Grauens unser Bild von der Geschichte des Nationalsozialismus bestimmen? Werden öffentliche Ressourcen für andere zentrale Fragen des Umgangs mit NS-Vergangenheit wieder zur Verfügung gestellt?

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts droht NS-Geschichte zum Museumsgeschäft, zum kulturellen Standortfaktor konkurrierender Regionalpolitiken zu werden, in denen „Erinnerungsgesummse“ (N. Frei) vorherrscht. Wenn dieser Trend sich durchsetzte, würde politische Bildung, würde Erarbeitung historischer Urteilskraft auf der Grundlage von Wissen über Geschichte aus dem öffentlichen Raum entfernt und in Gedenkorte verbannt werden. Die Richtung hat das Land Niedersachsen mit der Auflösung des Landeszentrale für politische Bildung und Überführung von Personal



und Finanzmittel in die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten – und in den Verfassungsschutz – bereits eingeschlagen. Dieser Akt der Eliminierung politischer Bildungsprojekte aus staatlicher Förderung wurde und wird als weise Großtat staatlicher Förderung von Bearbeitung der NS-Geschichte im Land betrachtet. Es gibt in Niedersachsen keinerlei Landesmittel für politische Bildung mehr. Von der Gedenkstättenstiftung werden per Gesetzauftrag nur Projekte zu NS-Unterdrückung, Gewalt und Widerstand gefördert. So wurde 2010 aus dem Stiftungsetat für Projektförderung nur in ein Projekt mit etwa fünf Prozent der Fördermittel unterstützt, das sich ausdrücklich nicht Gedenken sondern NS-Geschichtsarbeit widmet.

### **Erinnern**

Gedenken ist nicht nur wohlfeiler, sondern öffentlichkeitswirksamer als Forschung, weil es in seiner psychologischen Wirkung an Alltagsbewusstsein und -erfahrung anknüpft. Unter dem Label „Gedenken und Erinnerung“ firmiert allzu oft Meinung und eine nachgenerationelle Empathieproduktion. Es beansprucht Deutungshoheit gegenüber einer Geschichtswissenschaft, die ihre trockene Arbeit erledigt. Das wird schon beim Nachdenken über den Begriff „Erinnerung“ evident. Erinnern ist eigentlich eine subjektive Wahrnehmung, eine Begegnung mit der eigenen und familiären Biografie. Wir haben sie künstlich auf eine kollektive Ebene gehoben. Erinnern im wörtlichen Sinne können nur diejenigen, die dabei gewesen sind, die Zeitgenossen, die im Laufe der Jahrzehnte von Geschichtsbearbeitung zu Zeitzeugen mutiert sind und von denen nur noch sehr wenige leben. Eine sekundäre Erinnerung aus Familien- und Verwandtenbeziehungen, die lange Jahre Geschichtsbearbeitung begleitete, verblasst, die Kindergeneration schwindet. Auch aus Familiengedächtnissen schwindet eine sich aus Erzählungen und Weitererzählungen speisende Erinnerung. Diese produzieren mehr unsere Vorstellungen über die Vergangenheit, als dass sie vergangene Realität abbilden.

Wenn wir heute alltagssprachlich mit Begriffen wie Erinnerung, Erinnerungspolitik, Erinnerungskultur umgehen, müssen wir uns gewahr sein, dass wir uns einer Suggestion hingeben. Durch Bildergeschichten, Subjektivierung und Portraitierung werden Eindrücke geschaffen und transportiert, die wir als Geschichte missverstehen. Diese Einbildung wird befördert über die bildbestimmte Medialisierung von

ausgesuchten, für diese Form der Vermittlung als besonders geeignet erscheinenden Teilen von Vergangenheit. Wir bilden uns Erinnerung ein und halten diesen Vorgang für Geschichte.

Dies ist ein ziemlich untaugliches Verfahren, um Geschichte begreifbar zu machen. Seit 1945 stehen wir Deutschen vor dem Problem, die NS-Verbrechen und ihre Genese in Sprache zu fassen und damit einem Verstehen näher zu kommen. „Jeder Versuch, eine der Massenvernichtung angemessene Sprache zu finden, scheint bis heute zu scheitern. Und jede Anstrengung, die Erinnerung sprachlich zu stabilisieren, kommt für die Betroffenen, für das Erlebnis selbst zu spät. Diese Differenz zwischen Geschichte im Vollzug ihres Geschehens und ihrer sprachlichen Verarbeitung bleibt in jedem Fall konstitutiv für deren Beziehung.“<sup>8</sup> Dieses Problems muss man sich bewusst sein, gerade weil wir uns in gesellschaftlichen Kommunikationsverhältnissen bewegen, die zunehmend von Bildern und medialer Konstruktion der Wirklichkeit bestimmt werden. Mit einer Medialisierung – in Teilen fiktionalisiert – wurde versucht, Sprache durch Bilder zu ersetzen, Erinnerung künstlich zu erzeugen. Zwar gehören Bilder und Eindrücke in den Kontext von Begriffsentwicklung. Doch über Sprache wird ein historischer Zusammenhang erschlossen. Mit dem Film Holocaust wurde das Thema Judenvernichtung massenmedientauglich und entsprechend aufbereitet vermittelbar. Diese Entwicklung ist eigentlich prinzipiell kaum zu beanstanden, denn sie hat die Vernichtung der europäischen Juden in die breite Öffentlichkeit transportiert. Die Hinwendung zu NS-Verbrechen und Holocaust war damals gewiss nötig, weil das Thema mehr als unterbelichtet war. Problematisch ist, dass die Geschichte von Holocaust und Nationalsozialismus neuen Kommunikationsformen entsprechend einengt wird. Das liegt aber nicht an den Medien, sondern an deren Bedienung: Aus der ganzen Geschichte werden die Aspekte herausgegriffen, die gut medialisierbar sind. Bildergeschichten verkürzen Geschichte und erwecken dabei beim Publikum den Eindruck von Geschichtswissen, sie konstruieren ein kollektives kulturelles Gedächtnis in Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus, das höchst unvollständig ist.

Der Nationalsozialismus erscheint nur noch in seinem verbrecherischen Höhepunkt und Ende. Bilder und die Hochachtung authentischer Orte veränderten inhaltlich den Zugang in diese Zeit. Ihre Medialisierung förderte den Prozess einer eingegrenzten

Wahrnehmung. Wir haben Bilder im Kopf und wollen diese etwa in Gedenkstätten wiedererkennen – ohne Baracke geht gar nichts. Bilder und Eindrücke des authentischen Ortes eröffnen Zugänge zur Geschichte. Wer in die Stollen von Mittelbau-Dora geführt wird, meint der Qual der geschundenen ZwangsarbeiterInnen spüren zu können. Doch nur indem MitarbeiterInnen und das Dokumentationszentrum der Gedenkstätte diese Bilder und Eindrücke mit einer Sprache füllen, die die Kriegsproduktion und -maschinerie thematisiert, bekommen die Eindrücke historischen Gehalt.

### **Geschichte öffentlich erarbeiten**

Medialisierung heißt Aufmerksamkeit. Konsumgewohnheiten des Alltags sollen das Gedenken vermittelbar machen. Teile von Vergangenheit werden in konsumierbare Formen gebracht, erfahren Resonanz im Markt der Aufmerksamkeitsökonomie. Entsprechende Förderung erhalten sie durch die Beachtung heischende Politik. Aus diesem sich selbstreferentiell gestaltenden Prozess leitet sich in informeller Kooperation mit gesellschaftlichen Leitmedien der Anspruch auf Geschichtsdeutungshoheit. Dies funktioniert zur Zeit auch deshalb erfolgreich, weil die Geschichtswissenschaft auf die *Öffentlichmachung* ihrer Geschichtsarbeit weitgehend verzichtet. Weithin sichtbar werden aus dem Fachgebiet und seinem Rand oft nur die eindimensional, mit steilen Thesen Aufmerksamkeit suchenden NS-Deuter. Ein Problem der Geschichtswissenschaft bleibt, dass wichtige Forschungen die akademischen Zirkel nicht verlassen, höchstens versiegelt in Buchdeckeln. Sie unternimmt nicht die nötigen Anstrengungen, ihre Arbeit so zu vermitteln, dass sie Aufmerksamkeit findet.

Ein hoch ambitioniertes, im Verbund von vier niedersächsischen Universitäten betriebenes Projekt zur lokalen Erforschung der NS-Volksgemeinschaft bringt nach fast dreijähriger Forschung bald etliche die NS-Realität erfassende Qualifikationsarbeiten hervor. Doch in den zahlreichen Orten, zu denen geforscht wurde, blieben diese Aktivitäten weitgehend unbemerkt. Die Menschen werden so zu Objekten universitärer Forschung, damit ForscherInnen akademische Meriten erwerben. Das mag für Fortschritte in der Wissenschaft ausreichen, kann aber die Probleme in der Geschichtsvermittlungskonkurrenz nicht lösen. Manchmal rebellieren

ganze Orte gegen öffentliche Geschichtsprojekte, die ihre Vergangenheit in den Blick nehmen. So etwa geschehen rund um den Bückeberg bei Hameln, Stätte der NS-Reichserntedankfeste, den größten NS-Volksgemeinschaftsdemonstrationen mit bis zu einer Millionen Teilnehmern. Ohne Entwicklung einer offensiven, ortsnahen Geschichtspolitik wird diese Forschung im gesellschaftlichen Diskurs nicht bestehen können. Geschichtspolitik verlangt das Mitnehmen, das Einbeziehen, die Ermutigung zu eigenem Forschungstreiben. Darauf muss sich die Geschichtswissenschaft einlassen. Sie muss sich dorthin begeben müssen, wo die Menschen sind, über deren Vorfahren sie forscht.

Während die Politik mit dem Gedenkstättenwesen Geschichtspolitik betreibt, verzichtet die Wissenschaft darauf, sich als politischer Akteur in der Öffentlichkeit zu bewegen. Dieser Raum geschichtspolitischer Auseinandersetzungen war einst besetzt von Geschichtswerkstätten, denen wir wichtige Erkenntnisse über die NS-Zeit im lokalen Raum verdanken. Er scheint heute leer bleiben zu können. Dabei ist er angefüllt mit einer erinnerungszentrierten Konsenssoße. Feierliches Gedenken durch kommunale Würdenträger am 27. Januar ist mittlerweile Gewohnheit – und das ist gut so. Doch gleichzeitig gilt: Wenn auf Straßenschildern verewigte örtliche Honoratioren als Nazis geoutet werden, lässt das Interesse an Vergangenheit schnell nach, denn solche Entdeckungen sind mit heftigem politischem Ärger verbunden, der möglichst zu vermeiden ist. Wie die Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN Viola von Cramon neulich meinte: Die Leute haben andere Sorgen als Straßenschilder. Gewiss wahr. Die Aussage zeigt das Spannungsfeld, in dem sich Geschichtspolitik bewegen muss. Diese Tatsache sollte man nicht ausblenden. Die öffentlich wirksame geschichtspolitische Unterstützung von lokaler und regionaler Volksgemeinschaftsforschung ist immer noch selten. Die Arbeit vor Ort erfordert – immer noch – die Überwindung von Widerständen, erfordert politische Überzeugungsarbeit, erfordert darüber hinaus innovative Formen der Darstellung und Vermittlung.

Der lokale Raum bietet die Möglichkeiten, in konkreter wissenschaftlicher Forschung dem Handeln und den Motiven der Volksgenossinnen und Volksgenossen näher zu kommen. Die Erarbeitung des lokalen Raumes fördert in der Wahrnehmung der oft widersprüchlichen und doch so menschlichen Vergangenheit des Nachbarn, Schulmeisters, Verwaltungsbeamten die intellektuelle Auseinandersetzung mit

Geschichte. Sie ermöglicht das Begreifen und fördert die Bildung historischer Urteilskraft. Wenn man erfährt, wie sich im kleinen Raum Gewalt- und Machtdimensionen entfalten und wirksam werden konnten, wie Banales politisch, Willkür statt Recht Lebenswirklichkeit wurden, bekommt man einen Begriff von Handlungsoptionen in bestimmten situativen Entscheidungslagen. Die Normalität einer Gesellschaft in ihrer Komplexität gilt es zu erfassen und öffentlich erfahrbar zu machen. Ohne dass die Eroberung der Macht in einer alles Widerständige hinwegfegenden Massenbewegung verstanden wird, ohne dass die ziemlich reibungslose Sicherung von Herrschaft nach 1933 auch im lokalen Raum erörtert wird, lässt sich der Holocaust nicht begreifen. Diese angestaubt wirkende Einsicht gilt es wieder zu beleben. Denn diesen Satz feierlich mit dem beliebten Credo „Gedenken im Erinnern“ zu unterschreiben und ihn in Arbeit an Geschichte umzusetzen ist Zweierlei. Gemeinwesen übernehmen dann Verantwortung gegenüber Geschichte und für ihre Zukunft, wenn sie Vergangenheit nicht in history oder Friedhofsruhe verwandeln.

---

<sup>1</sup> Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann: Panzerschrank der Schande. Erfahrungen mit einem politischen Archiv. Von Morgenandachten und Störenfrieden in: *FAS* v 6.5.2012 S.30.

<sup>2</sup> Sebastian Haffner 2000(5): *Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933*, Stuttgart/München, S.173. Die editorische Notiz des Verlags datiert diese Äußerung auf den Beginn des Jahres 1939.

<sup>3</sup> *Die Weltbühne*, 29. Jg. v. 3. Januar 1933 S. 3-4.

<sup>4</sup> M. Horkheimer 1996: *Gesammelte Schriften, Bd.17 Briefwechsel 1941-1948*, Frankfurt a. Main, S.984, s. auch M. Horkheimer, Memorandum betr.: Deutsche Umerziehung und Vorschläge für eine sofortige Untersuchung, 13. Februar 1948, ebd., S.925 ff. Für den Hinweis auf dies Zitat gilt mein Dank J. Perels.

<sup>5</sup> Theodor W. Adorno 1970: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: *Eingriffe. Neun kritische Modelle*, S. 125-146 (S. 132, 133-134) Frankfurt am Main, ©1963.

<sup>6</sup> So formuliert in § 2 Abs.1 Ziff 2 und 4 Gesetz über die „Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“ vom 18.11.2004.

<sup>7</sup> Dana Giesecke, Harald Welzer 2012. *Das Menschen Mögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur*, Hamburg edition Körberstiftung.

<sup>8</sup> Reinhard Koselleck 2006. Sprachwandel und Ereignisgeschichte, in: ders. *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt am Main, S. 36.